

Südring nicht pauschal abgelehnt

Thema im Kreisausschuss vertagt – Gesamtkonzept gefragt

VON ANDREAS SACHSE

Landkreis – Der von Christoph Göbel (CSU) gewünschten generellen Ablehnung des Autobahnsüdrings ist der Kreisausschuss nicht gefolgt. Das Landratsamt erklärte sich als nicht zuständig und verwies auf weitere Forderungen des Gräfelfinger Bürgermeisters. Das Thema wurde vertagt.

Der Antrag von Kreisrat Göbel liegt zwar bereits seit fünf Monaten im Amt. Nicht wenige Kreisräte erachten das Dokument aber trotz der kürzlich gefassten Entscheidung der Staatsregierung, den Südring auf Eis zu legen, als in höchstem Maße aktuell. In seinem Antrag ermuntert Göbel den Landkreis nicht nur, Stellung zu beziehen in Sachen Südring. Die nach wie vor bestehenden Probleme – Lärm- und Schadstoffbelastung, ÖPNV-Ausbau und Tempolimits – sollten seiner Ansicht nach so bald wie möglich gelöst werden. Göbel

forderte ein umfassendes Gutachten, eine Bestandsanalyse: „Wir sollten uns auf die Probleme konzentrieren, die nun mal da sind.“

In Göbels Augen sollte sich der Kreis der ungelöst gebliebenen Probleme annehmen: „Darauf, dass ein Straßenbaulastträger mit einer Lösung aufwartet, brauchen wir nicht zu hoffen.“ Dafür müsste schließlich Geld aufgebracht werden. „Es darf nicht unsere Zukunft sein, dass der Landkreis durch dieses Thema in Nord und Süd gespalten wird“, sagte er. „Probleme wie Lärm und Schmutz gibt es im Norden und im Süden.“

Einem Antrag zuzustimmen, der letztendlich einen kreisweiten Lärmschutz zum Thema hat, sah sich die Verwaltung jedoch nicht imstande. Landrätin Johanna Rumschöttel (SPD) warnte vor einem „Geflecht von Zuständigkeiten“. Zu viele Details seien zu beachten: die Polizei wegen der Verkehrssicherheit, der Landschaftsschutz,

bauliche Erwägungen.

Würde dem Antrag stattgegeben, bestünde sogar die Gefahr, dass bestehende Tempolimits kassiert werden, hieß es aus dem Landratsamt. Durch eine pauschale Begründung könnten spezifische Gründe womöglich entfallen. Nach Einschätzungen der Behörde muss stattdessen Gemeinde für Gemeinde abgearbeitet werden. Rumschöttel: „Das braucht viel Manpower und wird vermutlich Jahre in Anspruch nehmen.“

Der Aufruf Göbels und vor allem Eberhard Reicherts (FW), „an den Zuständigkeiten vorbei zu beherzigen, was für die Menschen am besten ist“, verebte, als selbst Göbel der Vertagung schließlich zustimmte. „Es macht Sinn, sich Zeit zu nehmen, eine saubere Beschlussvorlage auszuarbeiten, als Signal großer Geschlossenheit“, sagte der Gräfelfinger Bürgermeister, der sich sicher ist, „mit diesem Thema alle Gemeinden mit ins Boot zu bekommen“.